

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“ — „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Geselle“. Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung ins Haus für Monat März 25.— Mk., im voraus zahlbar. Für Vorkosten nehmen sämtliche Postämter Bestellungen entgegen. Unter Druck sind die Zeitschriften „Der Kampf“, das Sozial- und Kassenblatt sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 20.— Mk., für das übrige Ausland 27.— Mk. Verlags- und Druckerei-Verlag: Berlin C 2, Breite Straße 8-9

Die schweizerische Kompartistelle über deren Raum kostet 10.— Mk. ein- schließlich Inlandsteuer. Alle Anzeigen: Das letzte Heft kostet 2.50 Mk., jedes weitere Wort 1.75 einschließlich Inlandsteuer. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Romilico-Anzeigen und Stellen-Gebote 7.— Mk. netto pro Zeile. Stellen-Gebote in Wort-Anzeigen: das letzte Heft kostet 2.— Mk., jedes weitere Wort 1.50 Mk.

Fernsprecher Zentrum 152 90—152 99

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Opposition im Unterhaus

Forderungen der Arbeiterpartei

London, 30. März.

Mr. Asquith wird heute im Namen der unabhängigen Liberalen im Unterhause an Chamberlain die Anfrage richten, ob auf der Paulhanger Konferenz ein Übereinkommen zwischen Lloyd George und Poincaré mit Bezug auf das Programm der Genueiser Konferenz erzielt wurde oder nicht und, wenn ja, ob und bis zu welchem Maße dieses Übereinkommen die Fragen beschränkt, die auf der Genueiser Konferenz erörtert werden.

Die Arbeiterpartei hat beschlossen, bei der Debatte über Genua am Montag einen Antrag einzubringen, in dem eine internationale Wirtschafts- und Finanzkonferenz willkommen geheißt, jedoch bedauert wird, daß der Umfang der Erörterungen auf der Genueiser Konferenz so beschränkt worden sei, daß die Konferenz nicht zu einer Behebung der politischen und wirtschaftlichen Uebel führen könne, unter denen Europa leide. In dem Antrag wird außerdem der Wunsch ausgedrückt, daß die britische Regierung, die nicht das Vertrauen des Landes besitze, und die verantwortlich sei für die Politik, deren unglückliche Auswirkungen in Genua behandelt werden sollen, nicht besagt sei, das Land in Genua zu vertreten.

Die „Unbeugsamen“ haben noch keinen Beschluß darüber gefaßt, wie sie sich zu dem Vertrauensvotum, das die Regierung am Montag fordern wird, verhalten werden.

Die Vertrauensfrage Lord Georges

Englische Vorbereitungen für Genua.

London, 29. März.

Chamberlain teilte heute nachmittag im Unterhause den Wortlaut der Entschliessung mit, die Lloyd George am nächsten Montag im Unterhause vorlegen wird. Sie lautet: „Das Haus billigt die Resolution, die der Oberste Rat in Cannes als die Grundlage der Konferenz von Genua angenommen hat und wird die Regierung seiner Majestät bei ihrem Versuch, ihr Wirksamkeit zu verschaffen, unterstützen.“ Weiter teilte Chamberlain mit, daß sich mit Lloyd George nach Genua begeben werden vom Auswärtigen Amt 20 Personen, vom Handelsamt 23, vom Schatzamt 15, vom Sekretariat des Premierministers 8 und von den Kabinettsämtern 25. Diese Zahlen könnten sich aber noch verändern. In Erwiderung auf eine Anfrage teilte Chamberlain noch mit, daß Lord Ribblesdale kein offizielles Mitglied der Delegation sei. Es werde keinerlei besonderer politischer Schutz von England mitgeschickt werden. Die Aufrechterhaltung der Ordnung zwischen den Faschisten und Kommunisten sei Sache der italienischen Regierung. Lord Curzon fragte, ob es Tatsache sei, daß die Frage der Reparation endgültig von dem Programm der Konferenz von Genua ausgeschlossen sei. Chamberlain erwiderte, er sei nicht in der Lage, das Programm der Konferenz von Genua zu erläutern, das müsse dem Premierminister am Montag überlassen bleiben. Auf eine weitere Anfrage teilte Chamberlain mit, der Stand der Staatsgeschäfte lasse eine zweitägige Debatte über Genua nicht zu.

Harmsworth teilte auf eine Anfrage mit, die britische Regierung habe keine Veranlassung gehabt, mit der Sowjetregierung über die Frage der Konferenz von Genua zu verhandeln. Die Einladungen an die auswärtigen Regierungen seien von der italienischen Regierung ergangen. Harmsworth teilte ferner mit, daß weder Balfour noch der britische Vorkriegsminister in Washington bezüglich der Pläne der Konferenz von Genua auf Rat gefragt wurden. Auf eine weitere Anfrage, ob daraus geschlossen werden müsse, daß die britische Regierung keinerlei Schritte unternommen habe, um die Vereinigten Staaten zu sondieren, bejahte er, daß dies dem Bericht Balfours über die amerikanische Regierung davon unterrichtet habe, daß eine Einladung nach Genua erfolgt sei, wurde von Harmsworth keine Antwort erteilt.

Die Reparationsfrage

Die Abkommen über die Zahlleistungen.

Paris, 29. März.

Die Reparationskommission hat nach Beratungen, die sich über mehrere Sitzungen verteilten, die vier Abkommen über die deutschen Zahlleistungen grundsätzlich angenommen. Es handelt sich um das am 6. Oktober 1921 angenommene Abkommen über die unterzeichnete Wiesbadener Abkommen über die Zahlleistungen, sowie das am Tage danach beschlossene Paulhanger Abkommen über die Restitution, an deren Stelle das Substitutionsverfahren treten soll. Ferner um das Bemelmans-Abkommen vom 27. Februar 1922 und

die in Berlin am 18. März 1922 paraphierte französisch-deutsche Ergänzung zum Wiesbadener Abkommen, die das Bemelmanssche Zahllieferungsverfahren auf Frankreich ausdehnt.

„Temps“ hebt hervor, daß das Bemelmans-Abkommen sich von den übrigen dadurch unterscheidet, daß es auf Anordnung der Reparationskommission geschlossen wurde und auf Grund des Versailler Vertrages deshalb mit Zustimmung der Kommission Gültigkeit für alle Signatarmächte des Friedensvertrages erhalte. Die Zustimmung der Reparationskommission zum Abkommen von Wiesbaden und zu dem Zusatzabkommen von Berlin, die direkt und ausschließlich zwischen der französischen und der deutschen Regierung geschlossen seien, habe ihre Anerkennung durch alle Mächte zur Folge.

Die Frage der deutschen Anleihen.

Paris, 29. März.

Die Reparationskommission veröffentlicht folgendes Communiqué: Die Kommission hat die Bildung eines Sachverständigenausschusses beschlossen, der Studien machen und der Reparationskommission einen Bericht einreichen soll über die Bedingungen, zu denen die deutsche Regierung eine oder mehrere Anleihen im Ausland aufnehmen könnte, deren Ertrag für den teilweisen Rücklauf der Reparationspflicht verwendet würde. Es würden zu diesem Zweck besonders sachkundige Persönlichkeiten aus verschiedenen Ländern berufen, auch aus solchen, die bei der Reparationskommission nicht vertreten seien.

Diesem bemerkt „Temps“, daß es sich um einen englischen Plan handle, den die Reparationskommission geprüft habe. Der Ausschuss, der mit der Prüfung der Anleihefrage beschäftigt sein soll, soll nach dem Blatte aus Vertretern aus den alliierten Ländern, die Delegierte beim Reparationsausschuss unterhalten, und aus Vertretern der Staaten zusammengesetzt sein, die während des Krieges neutral waren.

Deutschland soll zahlen

CC. Paris, 30. März.

Der Präsident der Reparationskommission, Louis Dubois, hielt gestern bei einem Essen der Union für Handel und Industrie eine Rede, in der er über die Rolle der Reparationskommission sprach. Sie habe die Aufgabe, die Reparationszahlungen Deutschlands festzusetzen und den alliierten Regierungen Mitteilung zu machen, wenn Deutschland seinen Verpflichtungen nicht nachkommen würde. Darauf beschränkte sich die Rolle der Reparationskommission. Die alliierten Regierungen aber hätten die notwendigen Maßnahmen zu ergreifen, damit solche Verfehlungen aufhören und Deutschland zum Zahlen angehalten werde. Denn es könne und müsse zahlen, und nötigenfalls müßten sich die Alliierten die Bewilligung ihrer Forderungen mit Gewalt erzwingen. Wenn Frankreich, das durch den Krieg am meisten gelitten habe und dessen schwere Wunden immer noch blühten, von den Alliierten dabei nicht unterhütet werde, müsse es allein zur Gewalt greifen, denn es sei auch allein stark genug, zu handeln, selbst wenn dies mit Kanonen und Bajonetten geschehen müßte.

Die französische Rückfahrkarte

Der „Temps“ über die Kanzlerrede.

(Intel) Paris, 30. März.

Der „Temps“ erklärt, daß die Rede Dr. Wirths in Frankreich einen schlechten Eindruck hervorgerufen habe, und schreibt: Es ist wahr, daß Herr Wirth sich den parlamentarischen Normendialektien fügen mußte. Wir verstehen das. Dafür aber hätte die deutsche Regierung das Recht der Reparationskommission anerkennen müssen, und sie darf die Konferenz von Genua nicht als einen Appellgerichtshof betrachten, von dem sie eine Abänderung des Urteils der Reparationskommission erhofft. Eine solche Einstellung wäre gegen den Versailler Vertrag. Poincaré und Lloyd George haben in Douloane erklärt, daß die Reparationsfrage in Genua nicht erneut audiert werden solle. Der Reichskanzler hofft auf eine neue Einstellung Englands, die bedeuten würde, daß dieser Vorschlag nicht anrechterhalten würde. Lloyd George wird sich bald über die Konferenz von Genua äußern. Wenn die Reparationspläne doch in Genua audiert werden sollten, könne sich die französische Delegation nach dort mit einer Rückfahrkarte versehen. Der Reichskanzler gehe noch weiter: Er wolle die Garantien, welche die Reparationskommission fordern müsse, die die Stillierung des deutschen Geldes auf Grund eines internationalen Kredits herbeiführen will, zurück. Diese negative Politik könne weder die Alliierten noch eine andere Nation befriedigen.

Der preussische Staatsbergbau

Uns wird geschrieben:

Am Freitag, den 24., und Sonnabend, den 25. März, behandelte, wie wir schon berichteten, der Hauptausschuß des preussischen Landtages den Bergetat, wobei ebenso wie im Vorjahr der Wunsch nach einer Umgestaltung der fiskalischen Werke, namentlich aber der Werke im Kreise Heddinghausen, allgemein zum Ausdruck kam. Nach der Erklärung des Handelsministers sieht die Umgestaltung der fiskalischen Werke an der Ruhr kurz bevor. Es soll eine Aktienform gewählt werden, über die das preussische Parlament zu wachen hat. Die bürgerlichen Abgeordneten sprachen sich ebenfalls für die Umgestaltung mit dem bekannten Wenn und Aber aus. Das Bürgertum hat nämlich ein Interesse daran, daß der Staatsbergbau mit den Neuerungen und den Zeitverhältnissen nicht gleichen Schritt hält, um dann über die „Unfruchtbarkeit“ des staatlich bewirtschafteten Bergbaues verfallen zu können. Der ehemalige Handelsminister Fischbeck („Demokrat“) hielt eine richtige Verärgerungsrede, daß er als Handelsminister feinerzeit abgefragt worden ist und nun den beabsichtigten Fortschritt nicht so aufhalten kann, wie er es tun würde, wenn er jetzt noch in Amt und Würden wäre. Der Deutschnationale Dr. von Wallhausen teilte mit, daß die Leistung der Hauer im Ruhrbergbau, auf die Stunde umgerechnet, die Höhe der Vorkriegszeit nicht nur erreicht, sondern vielfach überschritten hat. Dieses Eingeständnis werden sich hoffentlich die scharfmacherischen Blätter von nun an merken und nicht mehr so wie bisher über die Bergarbeiter wegen der „geringen“ Leistung herfallen. Eine ganze Reihe von Anträgen sind angenommen worden, die aber in Wirklichkeit nichts besagen.

Grundfällige Anträge, die von den Vertretern unserer Fraktion gestellt worden sind und eine wirkliche Aenderung bezwecken, sind glatt abgelehnt worden. Genosse Dittler nahm zweimal das Wort und begründete unsere Stellung zu der Neugestaltung des Staatsbergbaues, insbesondere aber unsere grundsätzliche Stellung zur Ausbeutung der Naturkräfte durch das Privatkapital. Gemäß unserer Forderung: Erfassung der Sach- und Goldwerte sowie der Substanzen forderte unser Redner die Vorlage eines Gesetzentwurfes, wonach der preussische Staat ein Anrecht auf ein Viertel sämtlicher im Privatbesitz befindlichen Kuxe und Aktien erwirbt. Weiter verlangte er Mitwirkung der Bergarbeiter an der Ausübung der Sicherheitskontrolle im Bergbau durch die Bergbehörden, Erweiterung der Rechte der Betriebsräte. Der preussische Staat muß mit gutem Beispiel vorangehen. Unsere Forderungen spiegeln sich in den folgenden, von uns formulierten Anträgen wieder:

1. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, alsbald einen Gesetzentwurf dem Landtage vorzulegen, wonach der preussische Staat ein Anrecht auf ein Viertel sämtlicher im Privatbesitz befindlichen Kuxe und Aktien erwirbt.
 2. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu ersuchen, Bestimmungen zu erlassen, wonach die Einfahrer aus den Reihen der praktisch tätigen Bergarbeiter zu lernen sind.
 3. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, sofort Bestimmungen zu erlassen, wonach die Betriebsräte auf den preussischen Staatsgruben beim An- und Verkauf von Materialien sowie Grubenholz mitzuwirken haben.
 4. Der Landtag wolle beschließen, das Staatsministerium zu beauftragen, auf die Reichsregierung dahin einzuwirken, daß ein Gesetz über die Sozialisierung des deutschen Bergbaues nach dem Vorschlage I der Sozialisierungskommission dem Reichstag bald vorgelegt wird.
 5. Der Landtag wolle beschließen: Das Staatsministerium wird beauftragt, dem Landtage unverzüglich einen Gesetzentwurf vorzulegen,
 - a) nach dem sämtliche Ausgaben der Oberbergämter, Bergämter, Bergakademien, Geologischen Landesanstalten, Mineralienabteilungen für das Bergwesen aus einem noch zu bildenden Fonds zu decken sind,
 - b) einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach dem sämtliche bergbauartige Unternehmungen nach dem Verhältnis ihrer Förderung zu den Kosten der staatlichen Bergverwaltung und des bergmännischen Unterrichtsweises herangezogen werden.
- Die bürgerlichen Parteien stimmten geschlossen gegen unsere Anträge. Gegen den Antrag 5 stimmten auch die Rechtssozialisten, obwohl ihr Redner, der Abgeordnete Hone, ebenfalls über die hohen Aus-

gaben klagte, die die Bergpolizei, die Oberbergämter und Bergämter in ganz Preußen und das bergbau-liche Unterrichts- und Verwaltungsweisen verwickeln. Alle die hohen Kosten werden aus den Ueberschüssen des fiskalischen Bergbaues gedeckt. Das macht die hübsche Summe von 57 Millionen Mark jähr-lich aus. Hätte der fiskalische Bergbau diese Aus-gaben, die eigentlich unter das allgemeine Polizei-wesen fallen, nicht zu decken, so kände der preussische Bergbau nach außen ganz anders da wie jetzt; und dem Bürgertum, den Gegnern des staatlich verwalteten Betriebes, würde ein billiges Agitations-mittel entzogen werden. Auch der beste Betrieb kann solche Millionenausgaben nicht tragen ohne Ein-wirkung auf die Bilanz. Wenn auch unsere Anträge restlos abgelehnt worden sind, so lassen wir uns da-durch in unserem Vorgehen gegen den Kapitalismus absolut nicht zurückhalten. Das von uns als richtig Erkannte wird nach wie vor, und zwar mit doppeltem Eifer, verfolgt werden.

Das neue monarchistische Verbrechen

Woher stammen die Waffen der Mörder?

Die Berliner Sowjetvertretung hat über das Revolver-attentat der russischen Monarchisten in der Pöhlharmonie einen umfangreichen Bericht nach Moskau geschickt. Wie verläutet, wird die Sowjetregierung bei der deutschen Re-gierung besondere Vorstellungen erheben, in der die Notwendigkeit betont werden soll, die Sicherheit der sowjet-russischen Vertreter auf deutschem Boden zu gewährleisten, insbesondere während der bevorstehenden Durchreise der russischen Delegation für Genua.

Diese Vorkehrungen sind nach unserer Ansicht durchaus notwendig, da bekannt ist, daß das Attentat auf Miljukow das Signal zu einer Anzahl weiterer Attentate bilden soll. Der Kongreß der russischen Monarchisten in Berlin, an dem auch nachgewiesenermaßen Führer der deutschen Monarchisten teilgenommen haben, hat durchaus nicht ledig-lich der Beiprägung friedlicher Angelegenheiten gedient. Das Zusammenwirken der deutsch-russischen mit den russischen Monarchisten ist seit langem bekannt, beide Gruppen arbeiten aufs engste zusammen und auf ihrem politischen Programm steht: die Fehme und der politische Mord.

Die Polizei ist sich dieser Zusammenhänge hoffentlich be-wußt. Da die Attentäter in schlechten finanziellen Verhält-nissen lebten und die Mittel für ihre Tat von anderer Seite zur Verfügung gestellt bekamen, liegt der Verdacht nahe, daß die Spende für das Verbrechen aus einer jener Kassen stöß, aus denen auch die Erzbergermörder und andere deutschnationale Vorkämpfer finanziell versorgt wurden. Schon die Tatsache, daß die Attentäter aus-gerechnet aus München kamen, beleuchtet blickartig den poli-tischen Hintergrund und die ursächlichen Zusammen-hänge des Verbrechens.

Die Frage, auf welche Weise die Attentäter in den Besitz der Waffen gekommen sind, verdient gleichfalls aufgeworfen zu werden. Lieutenant Schabelski behauptet, die Waffen noch vom Feldzuge her zu besitzen. Es wird also festzustellen sein, ob die Waffen deutsches oder russisches Fabrikat sind. Stammen sie aus russischen Beständen, dann ist zu unter-suchen, wie die Waffen über die Grenze geschmuggelt worden sind, sind die Waffen deutsches Fabrikat, dann wird der Her-kunftsort festzustellen sein. Ohne Waffenjahren darf heute keine Schutzwaffe verkauft werden. Das ist doch hoffentlich auch der Polizei bekannt.

Was geht in Lichterfelde vor?

Einer gewöhnlich gut unterrichteten Lokalkorrespon-denz wird über die Vorgänge in der staatlichen Bil-dungsanstalt folgendes geschrieben:

Die Mahnung des früheren Leiters der Anstalt Hartmann ist, wie sehr wohl einwandfrei feststeht, darauf zurückzuführen, daß Prof. Hartmann auf die ersten Berichte über die Vorgänge in der ehemaligen Kadettenanstalt eine richtige Klärung veröffentlicht hat. Eng verbunden mit

dieser Frage dürfte auch eine Verfügung des preuß. Kultusministeriums sein, in der dem Lehrers-kollegium der Anstalt irgendwelche Neuhebungen über die fraglichen Vorgänge verboten worden sind. Wie sehr bekannt wird, ist beabsichtigt, für die Anstalt das Winterhalbjahr be-reits am 1. April zu schließen, an welchem Tage die Schü-ler der Anstalt in die Ferien entlassen werden sollen. Dagegen müssen die Lehrer der Anstalt sich noch weiterhin zur Verfügung der Anstaltsleitung halten. Nach allem hat es den Anschein, als ob die mit der Aufsicht über die Schule betrauten Stellen im Ministerium eine großzügige Reorganisa-tion auch im Lehrerkollegium planen, bei der mit der Mög-lichkeit neuer Kundgebungen der Schüler zu-gunsten der Lehrer gerechnet wird, und daß somit die frühe Entlassung der Schüler, die Schwebverpflichtung der Lehrer und die angekündigte Reorganisation in einem unmittel-baren Zusammenhang stehen.

Wenn das richtig ist, dann dürfte eine neue Anfrage des Landtages an den Herrn Kultusminister nötig sein. Wenn er auch unter Ausschluss der übrigen Öffentlichkeit reorganisieren will, so doch wohl nicht unter Ausschluss der Volksvertretung!

Der Kettenhandel des Regierungsrates

Bendiner zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt.

Vor der ersten Strafkammer des Landgerichts I fand dieser Tage ein Prozeß wegen Kriegswuchers und Kettenhandels statt. Angeklagt waren der Land-tagsabgeordnete und Regierungsrat im preussischen Landwirtschaftsministerium, Dr. Max Bendiner, der Kaufmann August Hertzen, der Direktor Heinrich Gremmler und der Kaufmann Robert Engler, denen zur Last gelegt wurde, verschiedene größere Schiebergeschäfte ge-tätigt zu haben. Dr. Bendiner war seit 1916 Leiter der literarischen Abteilung bei der J. E. O. Er hat zusammen mit dem Angeklagten Hertzen, der Leiter des Kriegsverbandes der Flugzeugindustrie war, große Privatgeschäfte in Del., Benzin, Spiritus, Strohstricken, Hülsenfrüchten, Käse und dergleichen gemacht. Das Verfahren gegen Engler mußte auf Grund der Amnestieverordnung eingestellt werden. Gremmler wurde freigesprochen. Dagegen wurde Dr. Ben-diner wegen Preiswuchers, Kettenhandels, Handels ohne Erlaubnis und Anregung zu unlauteren Machenschaften zu sechs Monaten Gefängnis und 35 000 Mark Geldstrafe ver-urteilt. Der Angeklagte Hertzen erhielt zwei Monate Ge-fängnis und 25 000 Mark Geldstrafe.

Der Prozeß leuchtete in eines der dunkelsten Kapitel der Kriegszeit hinein. Während das Volk hungerte und darbt und im Felde Tausende und aber Tausende verbluteten und litten, machte sich in der Heimat eine Schicht breit, die aus der Kollage des Volkes und aus dem Glend der anderen klingende Münze zu schlagen verstand. Die Schicht dieser Schieber und Wucherer ist ziemlich breit, fast jeder, der irgendwelche Kriegsgeschäfte tätigte, kam mit dem Straf-gegebuch in Konflikt. Viele haben's geschafft, ohne erlanni zu werden, nur wenige wurden gepöbelt. Der Prozeß würde also an sich nicht weiter bemerkenswert sein, wenn einer der Verurteilten in der Nachkriegszeit nicht ein Regie-rungsamt und außerdem den Posten eines Landtagsabge-ordneten bekleidet hätte. Dr. Bendiner ist Mitglied der rechtssozialistischen Partei. Wie behauptet wird, soll er seiner Partei von dem gegen ihn schwebenden Verfahren keine Kenntnis gegeben haben. Diese ist erst durch den Prozeß selbst auf die gegen Dr. Bendiner erhobenen Beschuldigungen aufmerksam gemacht worden. Dr. Bendiner hat sicher nichts weiter getan, als das, was launend andere während des Kriegs verübten und die heute alle miteinander noch im öffentlichen Leben den Ehrenmann spielen, weil sie es ver-standen haben, den Mäusen des Gesetzes zu entfliehen. Schlimm wird dieser Fall erst dadurch, daß Dr. Bendiner den Mut hatte, ein Regierungsdamt anzunehmen und sich obendrein noch als Abgeordneter wählen zu lassen. Es ist selbstverständlich, daß Dr. Bendiner sein Mandat als Volks-vertreter verwirkt hat.

Der Obergelbe und die Lokomotivführer

Der Reichsgewerkschaft Deutscher Eisenbahnbeamten ist vielfach vorgeworfen worden, in ihren Reihen seien reaktionär-putschistische Strömungen vorhanden, die bestrebt seien, die gewerkschaftlichen Mittel für un-gewerkschaftliche Zwecke auszunutzen. Wir haben allen Neuhebungen des Vorstandes und der Presse der Reichsgewerkschaft, die geeignet gewesen sind, diesen Verdacht zu zerstreuen, gern Raum gegeben. Aber dennoch ist in freigewerkschaftlichen Krei-sen ein gewisses Mißtrauen gegen die Zuer-lässigkeit der Mitgliedschaft der Reichsgewerk-schaft und ihrer Schwesterverbände — den guten Willen ihrer Führung hält wohl jedermann für un-zweifelhaft — dauernd rege.

Nun hat am Dienstag eine Versammlung des Kreises Berlin der Gewerkschaft Deutscher Lokomotivführer stattgefunden, deren Verlauf nicht geeignet ist, dieses Mißtrauen zu vermin-dern. Als Referent sprach Scharfshwerdt, der gegen die Uebernahme des Zeigerpostens in den Lo-komotivführerdienst protestierte. Zu diesem Zweck war die Versammlung einberufen worden. Aber nicht das ist es, was die Arbeiterschaft an dieser Versammlung besonders interessieren kann. Auch was Scharfshwerdt sonst in seinem Referat sagte, war nicht neu. Dagegen erschien in der Versammlung der Reichstagsabgeord-nete Geisler, der Arbeiterschaft bekannt als Hän-pfeling der Gelben, und hielt eine Rede. Es ist erinner-lich, daß dieser Obergelbe sich neuerdings der Beamten-schaft mit ganz besonderer Liebe annimmt, und wie er das macht, das ist bekannt aus jenem von uns ver-öffentlichten geheimen Schreiben des Mannes an die bürgerliche Presse, worin er diese aufforderte, den Kampf gegen die Reichsgewerkschaft einzustellen und alle „Schuld“ am Eisenbahnerstreik den freien Ge-werkschaften zuzuschreiben. Dieser Mann sagte nach dem uns vorliegenden Bericht in der Versamm-lung der Lokomotivführer folgendes:

„Er erinnerte daran, daß er bereits während des Eisen-bahnerstreiks die Öffentlichkeit darauf hingewiesen habe, daß man die Schuld nicht einseitig auf die Reichsgewerk-schaft laden dürfe. Auch die Regierung und vor allen Dingen die drei Spitzenorganisationen trügen die Schuld am Streik. In der Regierung und in den Verwaltungen wimmelte es von alten Gewerkschaftlern, und trotzdem habe man unverkündlicherweise den Lokomotivführern, die mehr als ihre Pflicht getan hätten, keine Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wenn man bedenke, daß die Eisenbahnarbeiter mit jedem ihrer häufigen Streiks etwas erringen hätten, während das Lokomotivpersonal mit seinem Einkommen immer mehr zurückblieb, wenn man sich ferner erinnere, daß die Eisenbahner im Rapp-Bußch von der Regierung selbst zum Streik ausgerufen worden seien, dann könne man wohl die Erregung unter den Lokomotivführern verstehen. Jeder andere als Reichspräsident Ebert hätte den Streikerlag gegen die Eisenbahner unterzeichnen dürfen. (Stürmisches Zehr richtig!) Dennoch müsse dieser Streik der letzte Eisenbahnerstreik sein. (Zuruf: An uns liegt es nicht!) So bereinigt die Erbitterung ist, so gelassen sei es auch auf der anderen Seite, sich dadurch dauernd in eine falsche Bahn drängen zu lassen. (Zuruf: Wollen wir ja auch gar nicht!) auch unter den bürgerlichen Parteien wachse die Einsicht, daß man die Lokomotiv-führer nicht behandeln dürfe. (Zuruf: Sinnes!) Unter Sinnes würden es die Lokomotivführer niemals schlechter gehabt haben, als unter einer Regierung, in der sozialdemo-kratistische Gewerkschaftler saßen. (Stürmisches Beifall.)

So weit der Bericht. Daß dieser Geisler in dieser Versammlung überhaupt sprechen konnte und daß er diese Ausführungen (nach dem Bericht un-widerprochen und unter stürmischem Bei-fall) machen durfte — das ist mehr als To-leranz. Wir glauben, daß wir das der gewerkschaft-lich organisierten Arbeiterschaft nicht näher ausein-anderzusetzen brauchen. Ein erfreuliches Bild ist es, offen gestanden, nicht, was sich in dieser Versamm-lung zeigte.

Im Herzen längst Geheimrat gewesen ...

Oder: Der Konflikt in der Akademie.

Vorwort: Als die Studenten einem berühmten Rechts-lehrer der Berliner Universität bei seiner Ernennung zum Geheimrat gratulierten, wehrte er mit den bescheidenen Worten ab: „Am Herzen längst Geheimrat gewesen!“

Die „Akademie der Künste“ ist eine Einrichtung, die den Staat viel Geld kostet und keinen Nutzen stifft. Sie hat ein schönes Ausstellungsgebäude, in welchem sie schlechte Ausstellungen macht. Unter dem Eindruck des 9. November öffnete die Akademie ihre stark verrosteten Tore der „Jugend“. Sie wählte zu Mitgliedern einige Kunst-gelehrte, die unter dem alten Regime noch 10 Jahre hätten warten müssen. Zufällig war unter ihnen Käthe Kollwitz. Schade, daß sie die Wahl annahm. Diese Herrschaften dürfen sich nun „Mitglied der Akademie“ nennen und die Preise ihrer Bören entsprechend höher ansetzen. Alles unglücklich wichtige Dinge! Was würde nur aus der deutschen Kunst werden, wenn die Akademie eines Tages nicht mehr existieren sollte! ... Vor Kurzem kam es zu einem Konflikt in der Akademie! Nahezu zu einem Konflikt! Mitglieder wollte man einigen Kollegen den Titel eines „M. d. A.“ gewähren. Wiederum sollte so die deutsche Kunst einen weichen Schritt gefördert werden. Aufanas ana alles glatt. Als aber einige Mitglieder, die man wohl nur als sinnlos aufgebuchte Ultras bezeichnen kann, verlanagten, daß auch der Kollege E. N. Weiss in die Akademie aufgenom-men würde, kam es zum Sturm. Daraus sieht man, wie leidenschaftliche Feuer-Naturen unsere verehrten Akade-miker sind. Denn es ist ganz außerordentlich schwer, ja, es ist fast unmöglich, sich aufzuregen, ob E. N. Weiss Akademiker werden soll oder nicht. Natürlich gehört er hinein in die Akademie. Er mag ja schon seit Jahrzehnten hochakademischen Edelstills. Und es wäre ungerecht, ihn nicht aufzunehmen. Er würde denn auch schließlich gewählt. Aber es kam noch doller. Zwei bekannte Vertreter der jüngeren Malerei wurden vorgeschlagen. Es soll sich um zwei führende Künstler des einstigen Brädelkreises handeln. Na also: der eine wird doch sicherlich Max Pechstein sein und der andere wird Schmidt-Rottluff bestimmt nicht sein. Und damit wäre alles wieder in der schönsten akademischen Ordnung. Denn Schmidt-Rottluff ist der einzige der „Brädel“, der nicht „im Herzen schon längst Akademiker“ wäre. Also wir sollten meinen, daß es nicht unbillig ge-wesen wäre, auch die beiden Brädelmänner aufzunehmen und n. i. den Namen der Akademie zu dekorieren. Doch hier kam es zum Bruch. Die immer unmaßlicher werdenden

Ultras, als man ihnen ihre Deroen abschlug, verstehen das Wahllosel und die Ausstellungsjury — so die für den Frühling geplante Ausstellung der Akademie nach ganz üblen und verwerflichen Vorbildern sabotierend. Ich meine aber, hier liegt ein öffentliches Interesse vor! Hier muß die Not-hilfe eingeleitet werden! Die deutsche Kunst ist bedroht, wenn die Ausstellung nicht zustande kommt. — Diese Ausstellung sollte übrigens die „Jugend“ ganz besonders weiblich be-rückichtigen ... wie das ja schon die Frühjahrsausstellung 1920 genau hatte, die Emil Nolde in sehr seiner Weise ehrte, indem sie ihn nicht zur Beteiligung aufforderte. (Wäre es so etwas wie Korpsgeist in der künstlerischen Jugend, so hätte sie darauf die Beteiligung geschlossen ablehnen müssen. Und hoffentlich wird sie es jetzt endlich tun, wenn sie erfährt, daß die Akademie auch Peter Behrens und Hans Poelzig der Mitgliedschaft nicht würdig befunden hat.)

Was wird nur aus der deutschen Kunst, wenn die Nothilfe nicht rechtzeitig einströmt? Und ... was könnte nicht Gutes und Nützliches mit den Summen geleistet werden, die die vollkommen überflüssige Akademie der Künste ver-schlingt. Die schönen Ausstellungsräume könnten dienen, die Museen zu entlasten ... und den Professor-Titel nebe man allen deutschen Malern, die über 20 Jahre alt sind, arabis.

Warum spricht man immer von „Verjüngung“ der Akade-mie? Es gibt Akademiker doch in jedem Alter, auch im spätesten, gibt sogar noch geborene Akademiker. Eine Akademie aus 20jährigen ist nicht besser als eine aus 80jährigen. Und es gibt eine expressionistische, kubistische und dadaistische Akademie! So gut wie eine lektionistische oder präsozialistische! — „Akademie“ ... dieser Begriff ist unabhängig von Alter und Richtung des Ausübenden. — „Akademie“ ... das ist das Nachgemachte, Ueberflüssige und Vanale in jeder Form und Richtung — und selbst die Wohl-gewisser „Sturm“-Künstler wie Kell Walden oder Wilhelm Wauer würde die Akademie nicht unakade-mischer machen. Der Nicht-Akademiker sind überall nur wenige. Am Herzen sind sie fast alle längst Akademiker, auch wenn sie tapfer schwimmen — um möglichst bald hineinzukommen.

Nachschrift: Die Akademie der Künste ist nicht mit der Akademischen Hochschule für die bildenden Künste zu verwechseln, die der „Ausbildung des Ra-madies“ dient. Der große Unterschied zwischen den beiden Anstalten ist der, daß die „Hochschule“ noch überflüssiger ist als die „Akademie“.

Nachwort: Inzwischen hat sich alles in Wohlgefallen aufgelöst. Die ausgedrohtene „Jugend“ ist wieder heim-gekehrt, und die Ausstellung findet doch statt.

Der gedeckte Tisch im Erbegräbnis

Von Klaus Kump (Königsberg)

Vor einiger Zeit las ich in den Zeitungen, daß eine Ber-liner Firma eine Ausstellung veranstaltet hatte, die der „ge-deckte Tisch“ hieß.

Diese Ausstellung war, das Schreiben übereinstimmend alle Schilderer, sehr fein und sehr vornehm, komfortabel und aller Kunst voll.

Ich freute mich, daß man für die Reichen so sorgt und ihnen mit allem Raffinement den Tisch richtet.

Aber dann störte mich etwas an der Ausstellung.

Wir gingen die Gedanken, daß hier nicht alles so recht stimmt, und plötzlich fiel mir die Erinnerung auf an einen gedeckten Tisch, den ich in Adulgsberg gesehen und der in einem Erbegräbnis stand.

Königsberg besitzt ein paar Begräbnisstätten, die sehr schön sind.

Unter den sehr alten Bäumen mit weiten, würdevollen Kronen, in deren Schatten und Schutz man wunschlos sitzt, prominent er sich wie in einem Park.

Bei den Toten ist im Sommer eine traumtiefte Stille und erquickende Frische, namentlich, wenn der Wind von der nahen See in den Bäumen sitzt, dessen Atem weich und wägen gleich ist.

Aber auch im Herbst ist es hier herrlich. Von den letzten Blumen, dem langsam verwellenden Laub und den ver-dorrten Kräutern kommt ein Hauch so herbe, daß man da-für hält, den Haß zu riechen, den alle, die hier ruhen, bei Lebzeiten gegen ihre Feindin und Plagegeißel gehabt haben.

An einem Herbsttag um die Mittagstunde folierte ich auf einem dieser Kirchhöfe umher.

Es war schon spät im Jahr, und die Nächte kamen bereits rau und mit Neif.

Da bemerkte ich aus einem Erbegräbnis im obersten Teil des Friedhofs Rauch sich ringeln.

Neugierig ging ich näher, und dann sah ich in einem on-scheinend uralten, aber noch gut erhaltenen Erbegräbnis mit moosbewachsenen und eisenüberwucherten Mauern, dessen Tür geöffnet war, gewiß, um zu lästern und ein paar warme Sonnenstrahlen hineinzulocken, einen Tisch setzen.

